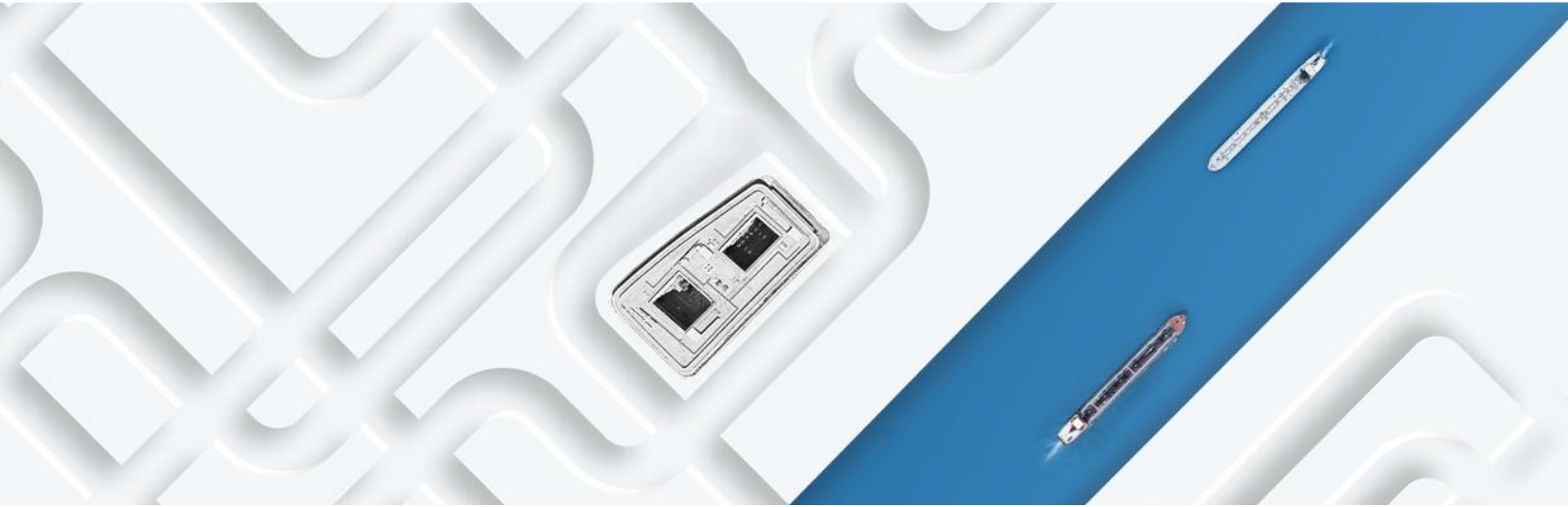
Wie finanzieren wir die Resilienz für den Standort D im Epochenbruch?



7. Juli 2026 / Dr. Tobias Hentze

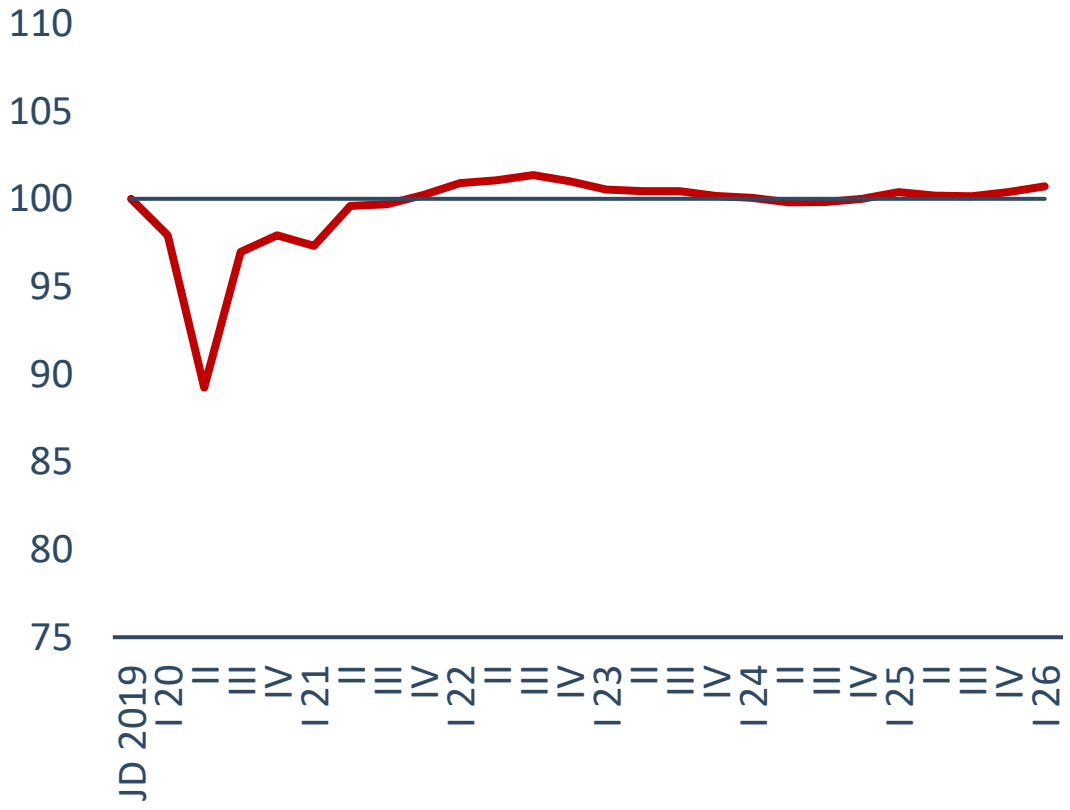
1

Ökonomische Ausgangslage

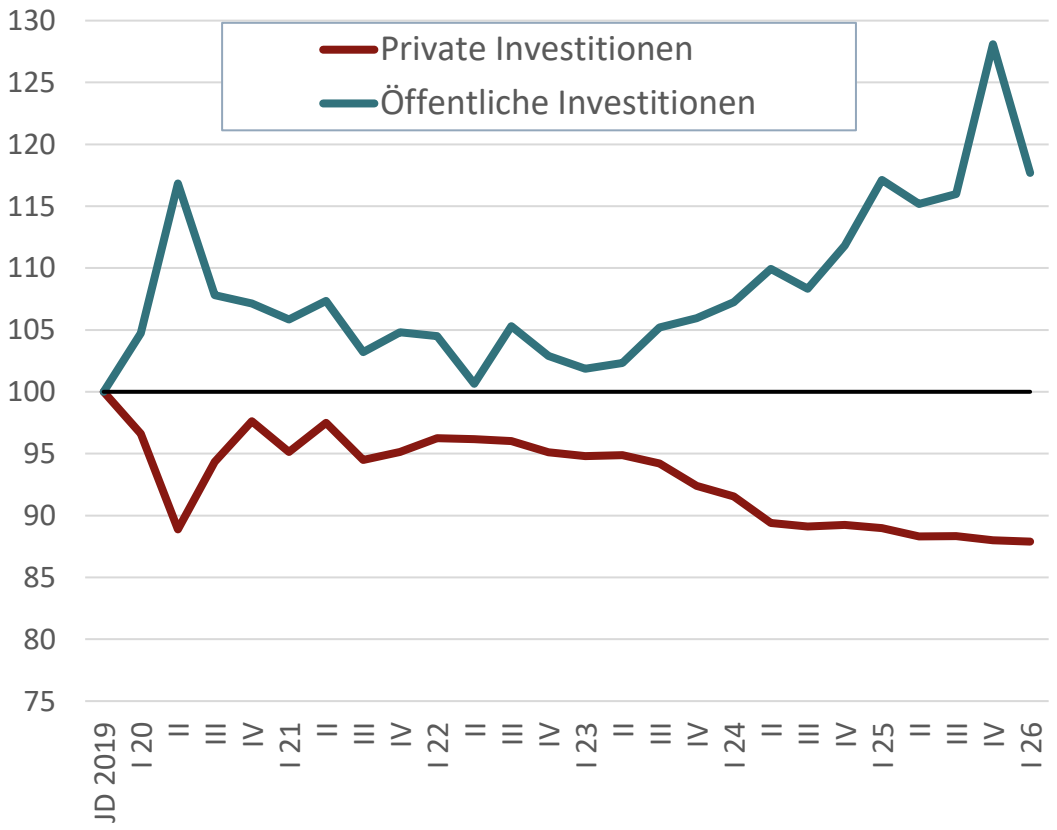
Deutschland kommt nicht aus der Schockstarre

Preis-, saison-, arbeitstäglich bereinigte Werte; Index Jahresdurchschnitt 2019 = 100

Bruttoinlandsprodukt



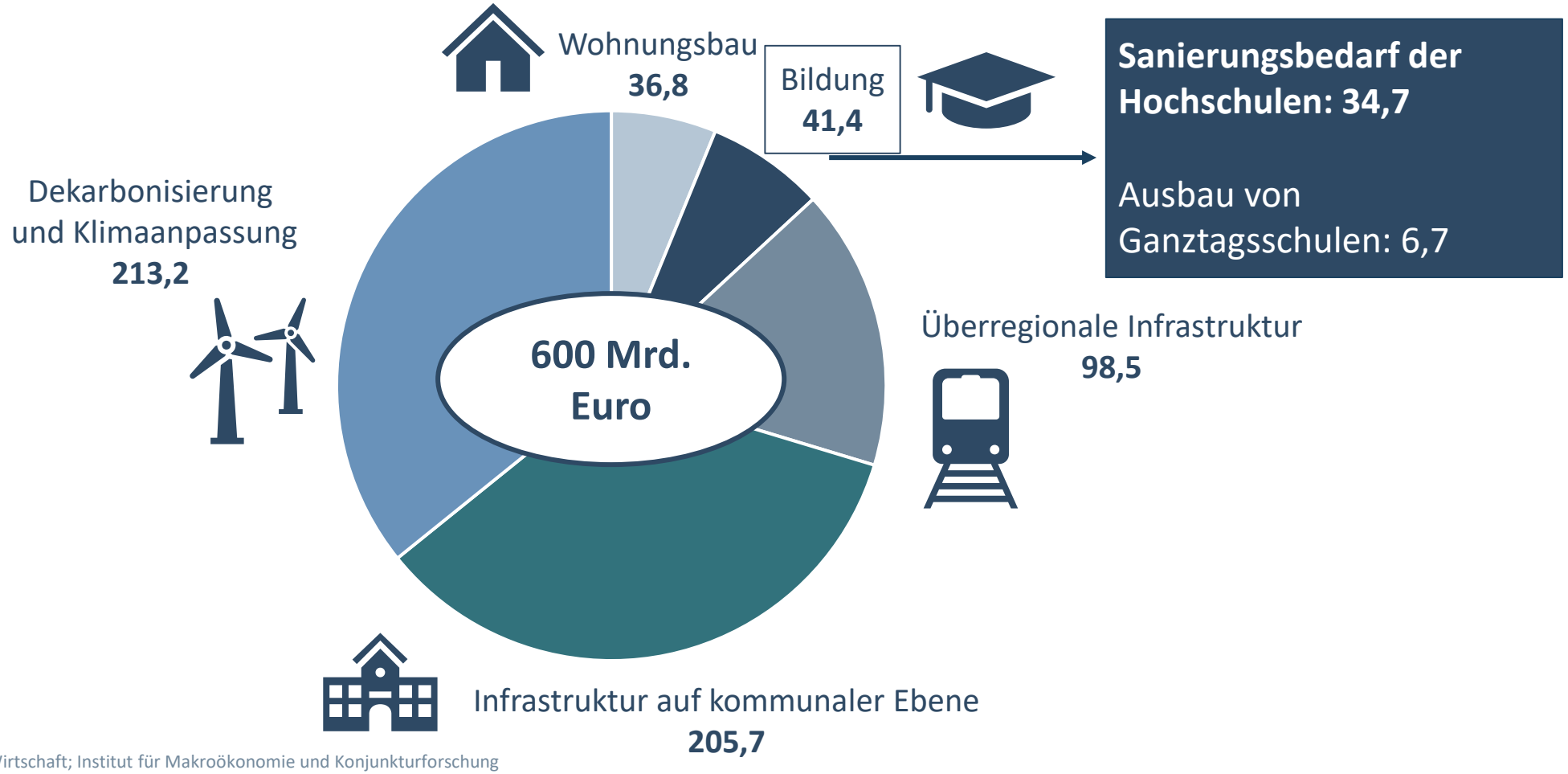
Investitionen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Öffentlicher Investitionsbedarf bleibt auf absehbare Zeit hoch

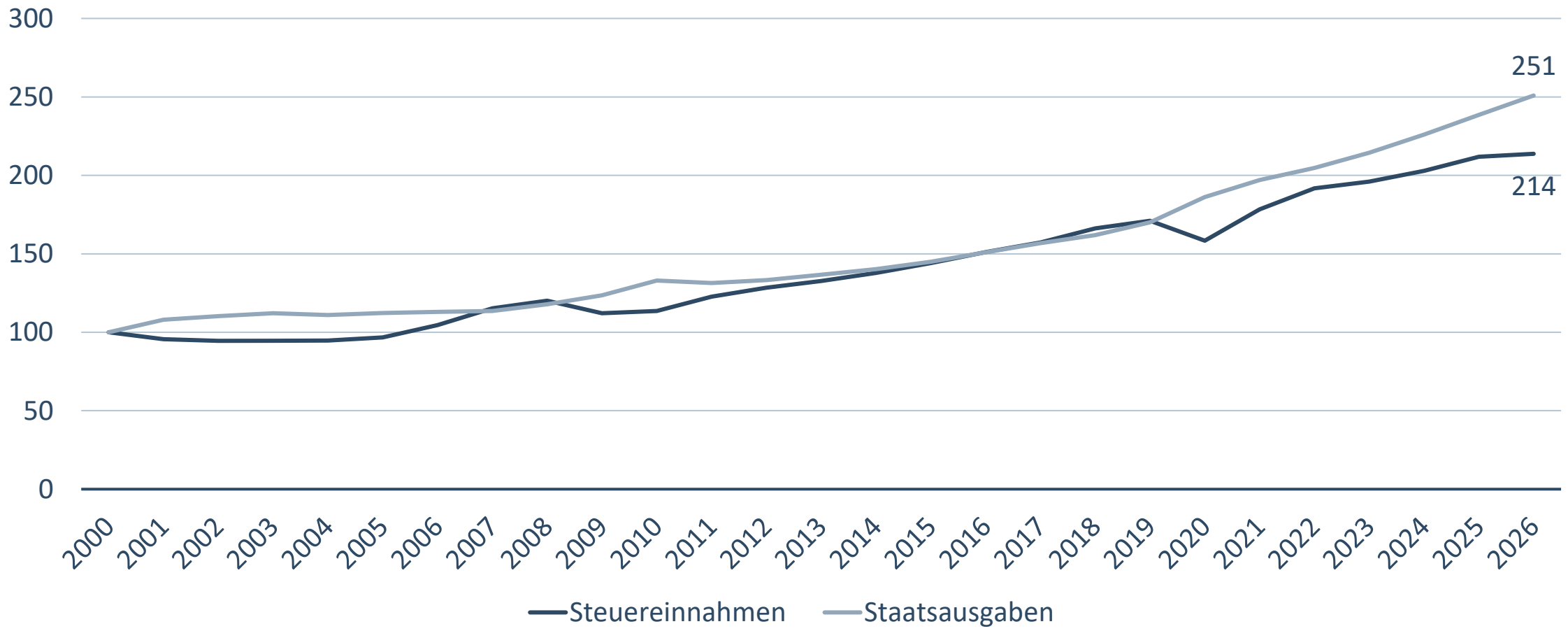
Öffentlicher Investitionsbedarf in Deutschland, in Milliarden Euro, zehn Jahre, Preise von 2024



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Staatsausgaben steigen stärker als Einnahmen

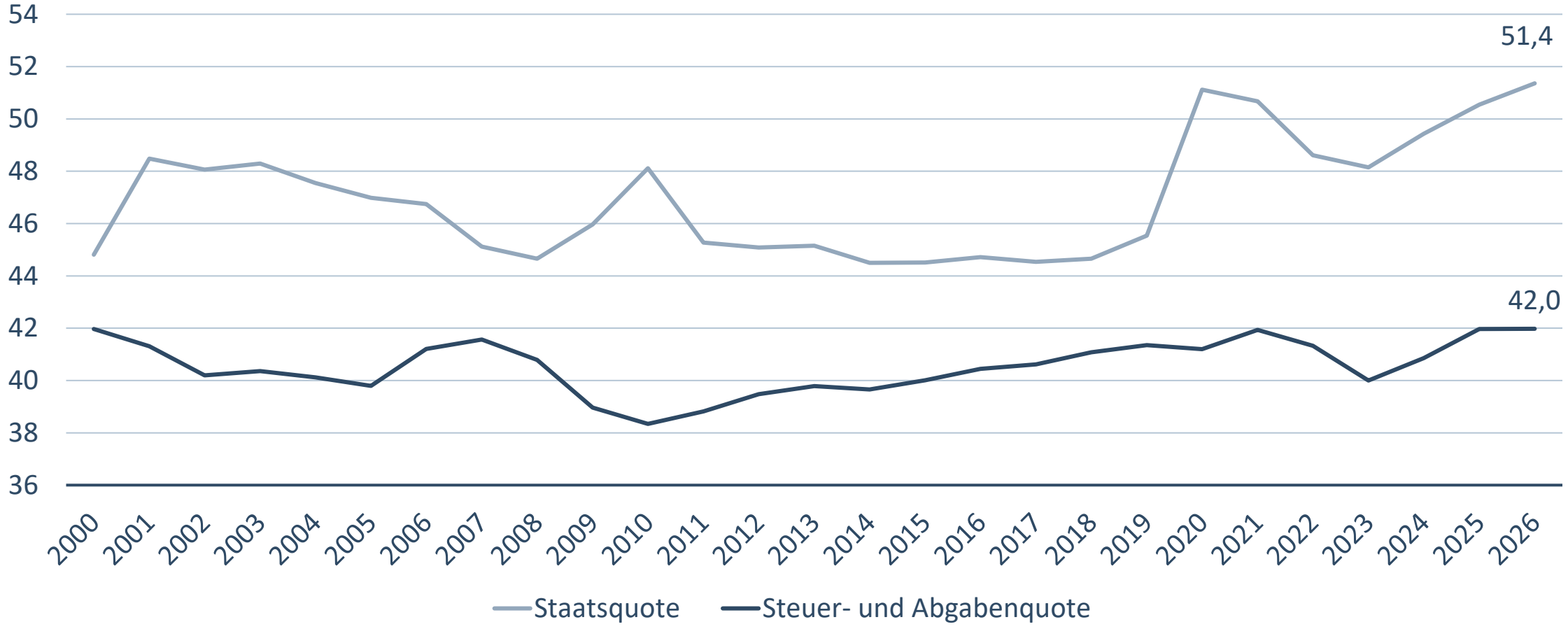
Nominale Steuereinnahmen und Staatsausgaben als Index mit 2000 = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis des Statistischen Bundesamts

Staatsquote und Abgabenquote auf Rekordniveau

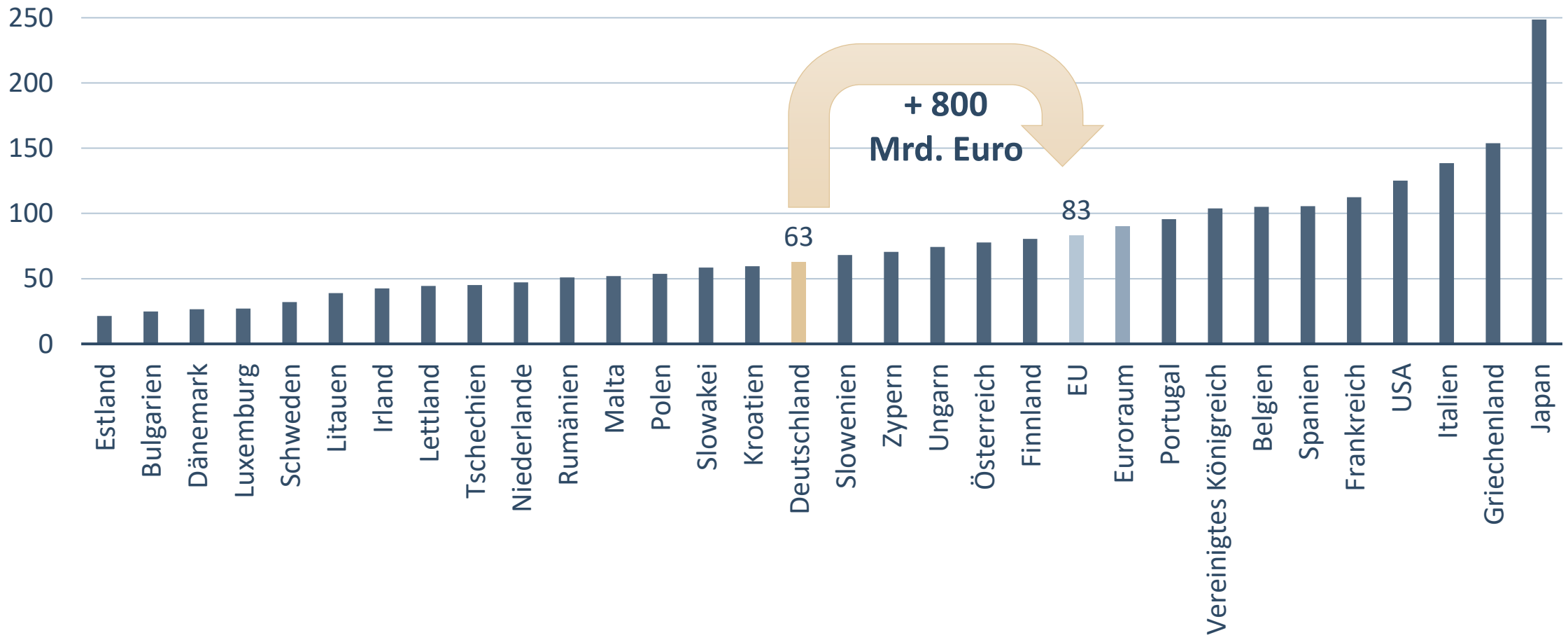
Staatsausgaben und Steuern/Sozialbeiträge in Prozent des BIP



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis des Bundesministeriums der Finanzen und des Statistischen Bundesamts

Schuldenstandsquote: Noch Spielraum für Deutschland?

Staatsschulden im Jahr 2024 in Prozent des nominalen BIP



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft; EU-Kommission; Bundesministerium der Finanzen

2

Fokus Staatsschulden

Fiskalregeln: Grundgesetzänderungen erhöhen Spielräume

Bund und Länder erhalten größere Finanzierungsspielräume

1. Ausnahmeregelung für Verteidigungsausgaben

- Erweiterung des Verteidigungsbegriffs auf Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit
- … Ausgaben dürfen kreditfinanziert werden, soweit sie 1 Prozent des BIP übersteigen.

2. Sondervermögen für Investitionen

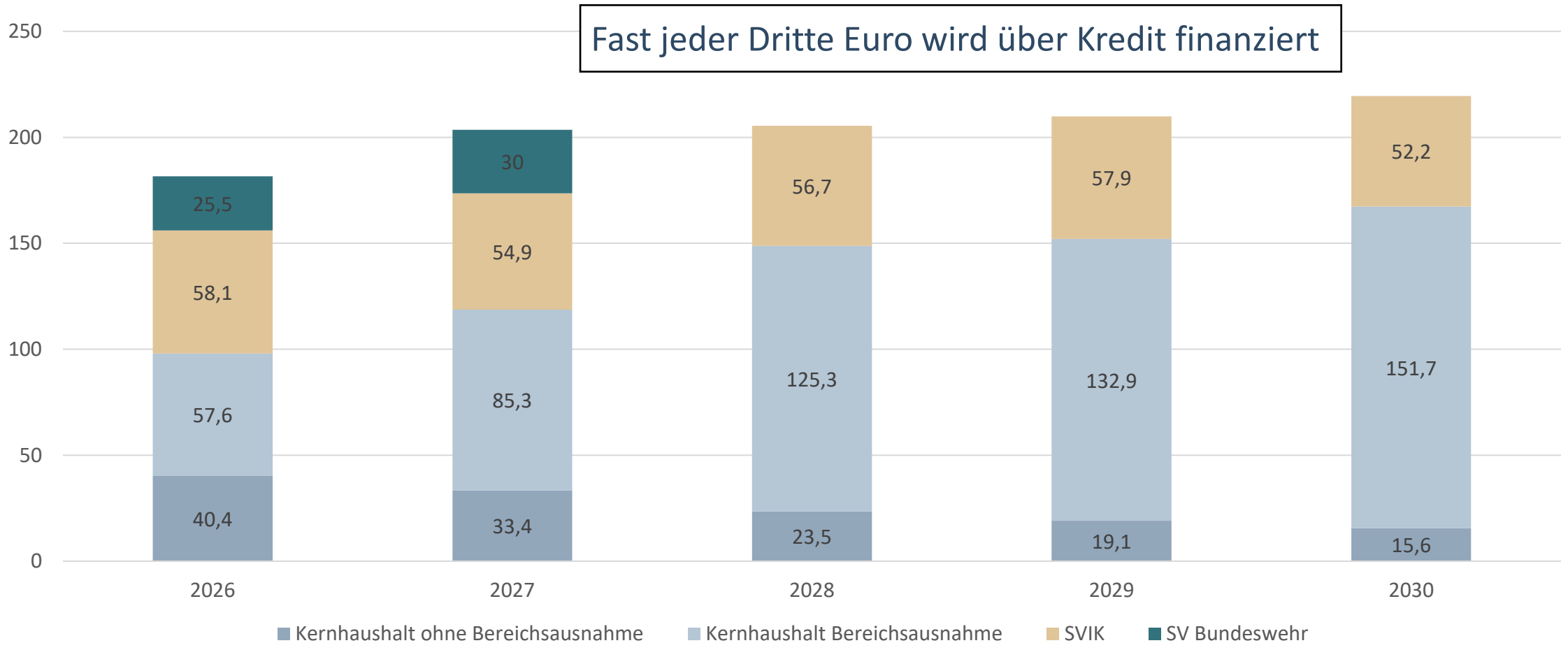
- Zusätzliche Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro in einem Zeitraum von zwölf Jahren
- … davon 300 Milliarden Euro für den Bund, jeweils 100 Milliarden Euro für KTF und Länder/Kommunen

3. Strukturelle Verschuldungsmöglichkeit für die Bundesländer

- Nettokreditaufnahme von 0,35 Prozent vom BIP pro Jahr analog zum Bund möglich, also rund 15 Milliarden Euro
- …Regelung folgt der Steuerverteilung, nach der Bund und Länder gleich hohe Steuereinnahmen erhalten.

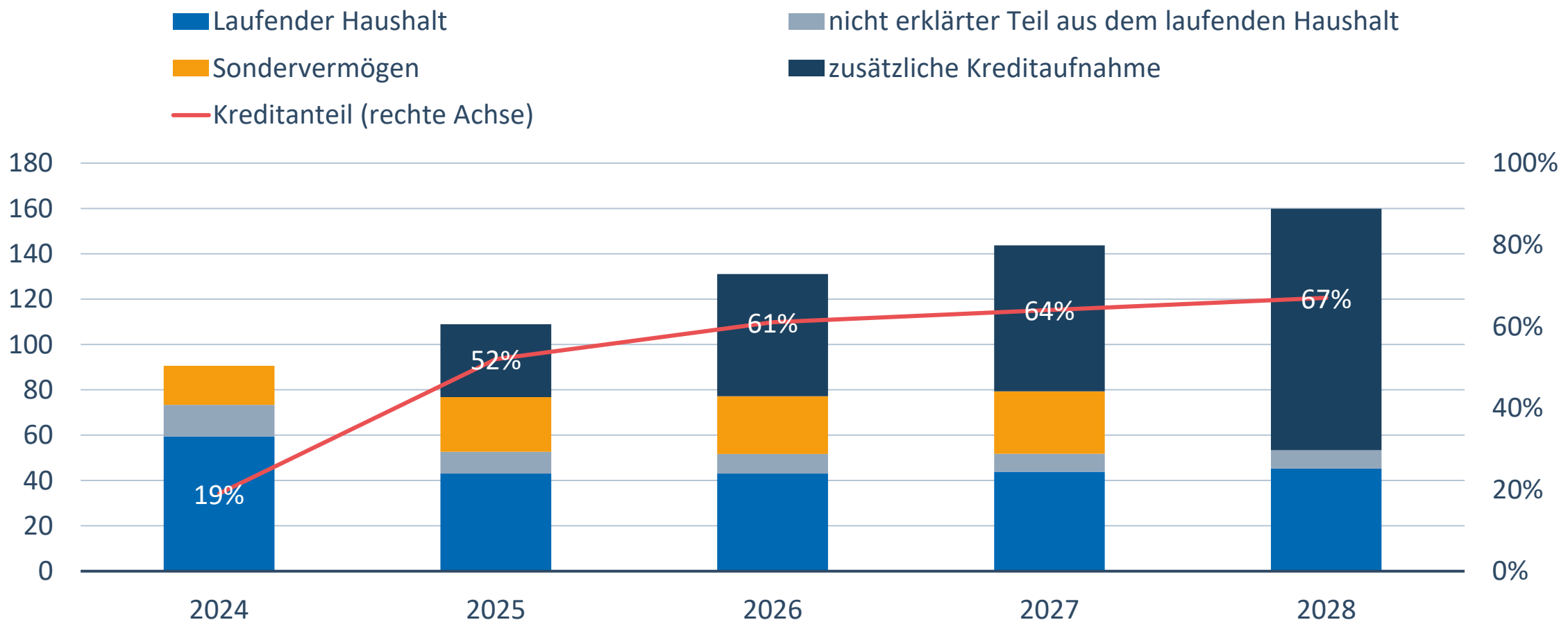
Nettokreditaufnahme des Bundes steigt kontinuierlich

In Milliarden Euro



Bereichsausnahme: Verteidigung bald zu 2/3 kreditfinanziert

Ausgaben für Verteidigung in Milliarden Euro (NATO-Meldung)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis des Bundesministeriums der Finanzen

Verteidigung sollte aus Steuereinnahmen finanziert werden

1-Prozent-Schwelle zu gering gewählt: Vor Bereichsausnahme lag der Anteil bei 1,5 Prozent – Verschiebungen von mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr möglich.

Gros der Ausgaben sind keine Investitionen: geringe Multiplikatoreffekte für deutsche Volkswirtschaft.

Daher sollten Verteidigung und Sicherheit aus laufenden Einnahmen finanziert werden.

Die Bereichsausnahme in der jetzigen Form stellt langfristig ein Risiko für solide Staatsfinanzen dar: Änderung erforderlich.

SVIK: Vorgaben des Bundes sind fragwürdig

Länder/Kommunen haben erst gar keine Kriterien für „Zusätzlichkeit“

Ambitionslose Mindestinvestitionsquote

- Mindestinvestitionsquote von 10 Prozent als Fehlanreiz, da bisher eine Investitionsquote von 11 Prozent oder mehr erreicht wurde.

Inkonsistente Betrachtung der Verteidigungsausgaben

- Kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben werden herausgerechnet (Nenner), Investitionen in dem Bereich aber berücksichtigt (Zähler).

Keine Berücksichtigung von Ist-Werten

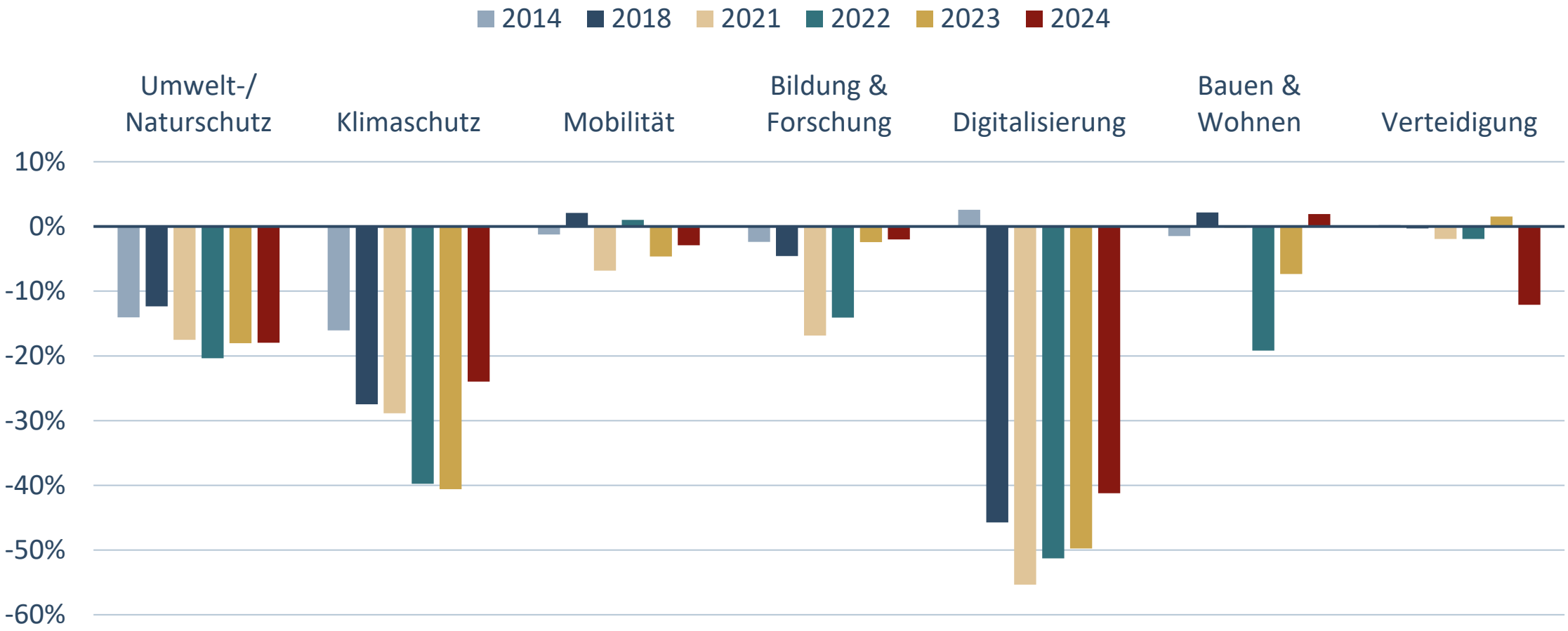
- Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Werten können „Zusätzlichkeit“ in Frage stellen, wenn nicht alle geplanten Investitionsmittel abgerufen werden.

3

Fokus Investitionen

Bundesregierung verfehlt in Zukunftsfeldern eigene Ausgabenziele

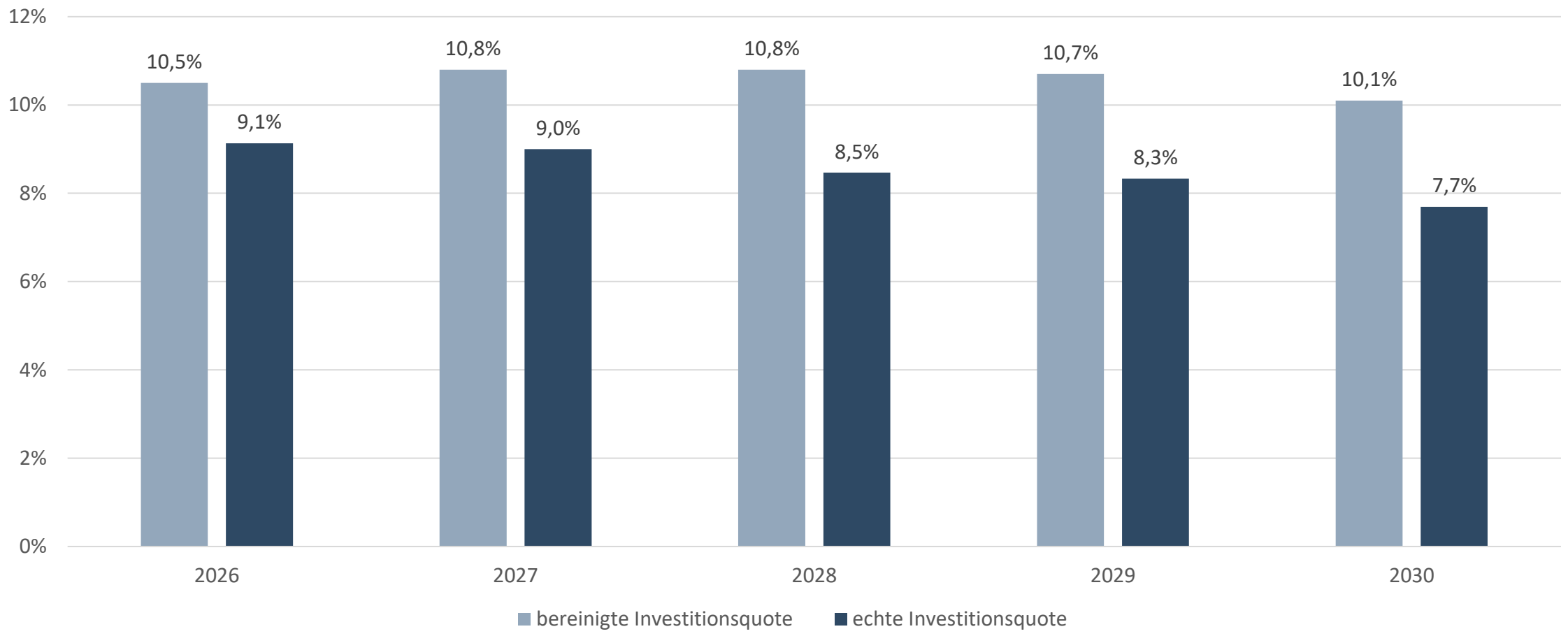
Lesehilfe: Ist-Wert für Klimaschutz im Jahr 2024 unterschreitet Soll-Wert um 40 Prozent



Quellen: Deutscher Bundestag; Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft; Institut der deutschen Wirtschaft

Vorgabe für Investitionsquote wird nur knapp eingehalten

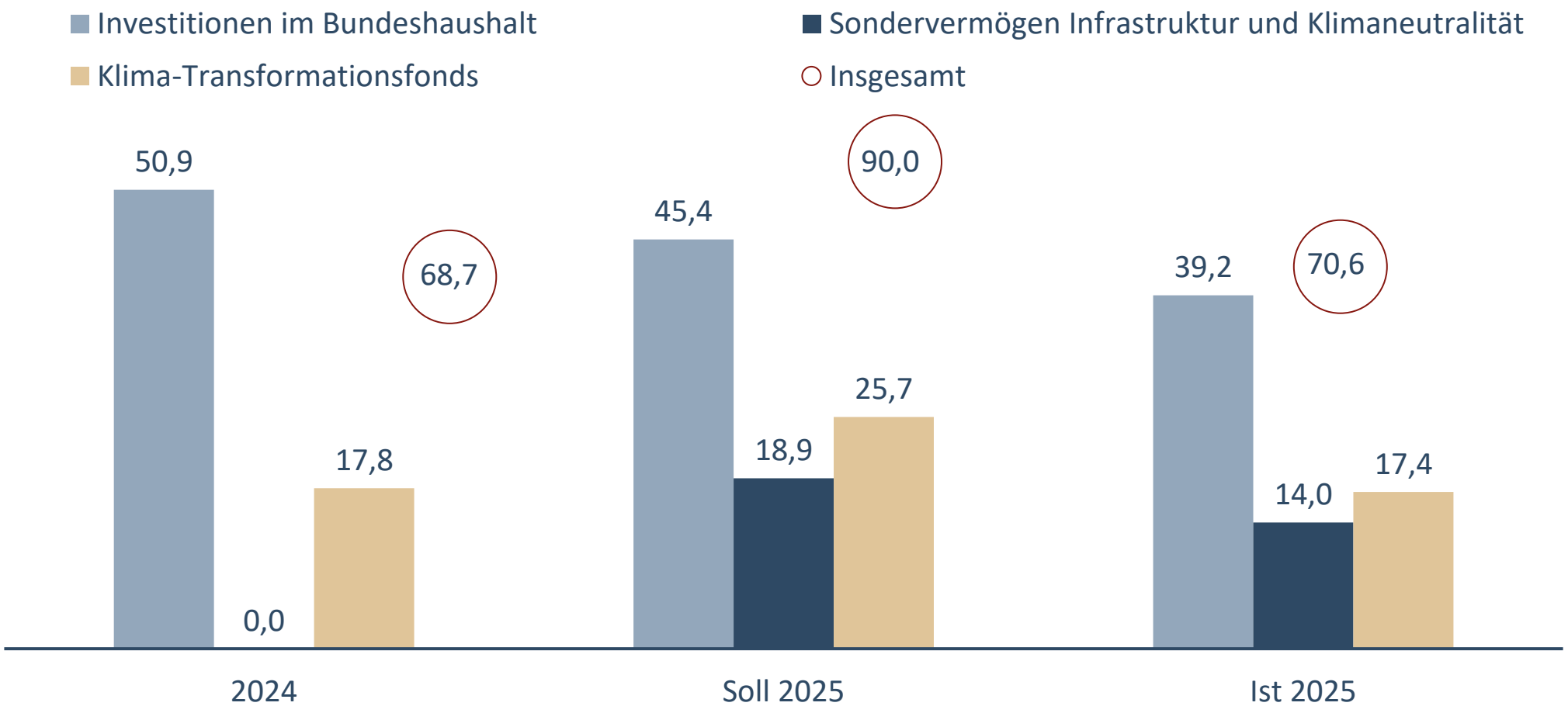
Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben im Kernhaushalt des Bundes in Prozent



Ohne finanzielle Transaktionen wie zum Beispiel Aktienkäufe.
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Institut der deutschen Wirtschaft

Bundesregierung hat 2025 weniger investiert als geplant

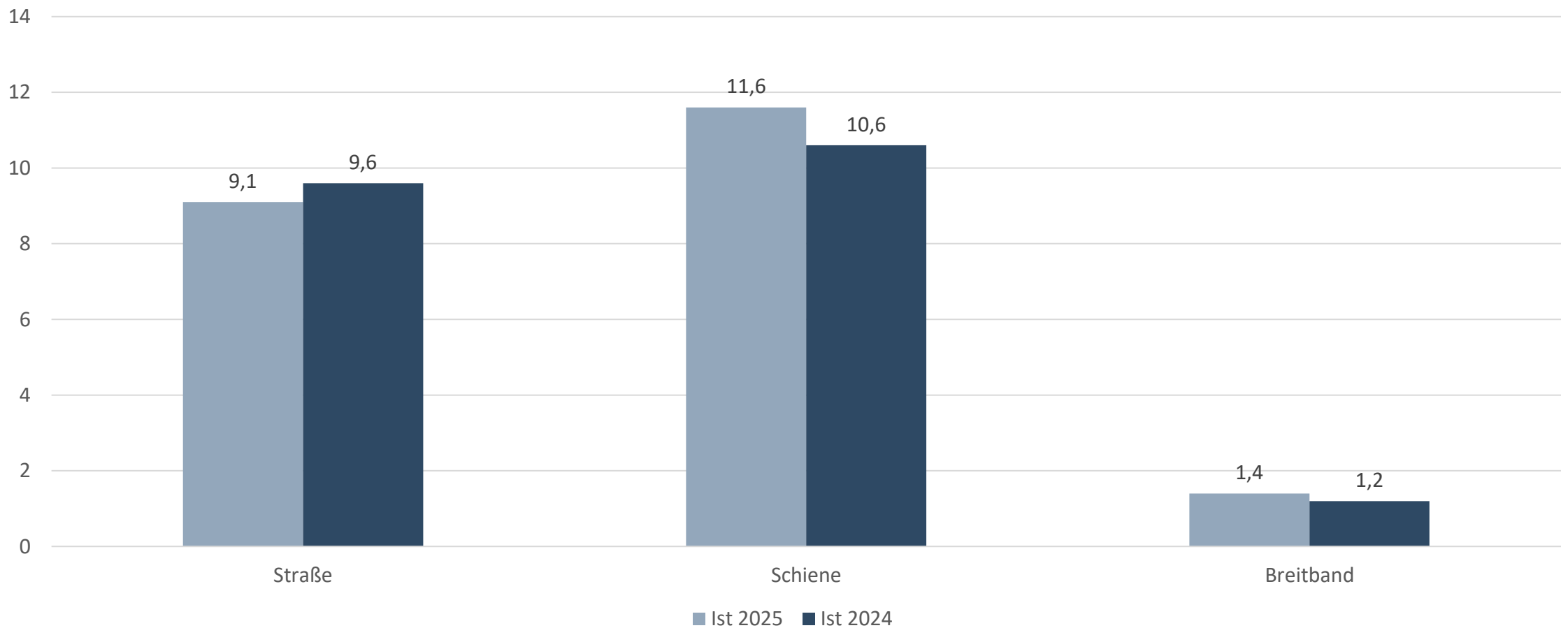
Investitionen des Bundes in Milliarden Euro



Investitionen im Bundeshaushalt: bereinigt um finanzielle Transaktionen
Quellen: Deutscher Bundestag; Institut der deutschen Wirtschaft

Infrastruktur: Noch kein Aufbruch zu verzeichnen

Vergleich der Ist-Werte für das Jahr 2025 (SVIK+Kernhaushalt) und 2024 (Kernhaushalt)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen

Etikettenschwindel Transformation?

1. **Sofort-Transformationskosten**

- Die Krankenhäuser sollen zur Schließung der Lücke bei den „Sofort-Transformationskosten" aus den Jahren 2022 und 2023 finanziell unterstützt werden. Hierfür sind 4 Milliarden Euro aus dem SVIK vorgesehen.
- Die Mittel werden zur Deckung der Betriebskosten der Krankenhäuser bereitgestellt. Diese sollen als prozentualer Aufschlag auf jede Krankenhausrechnung verteilt werden.

2. **Transformationsfonds**

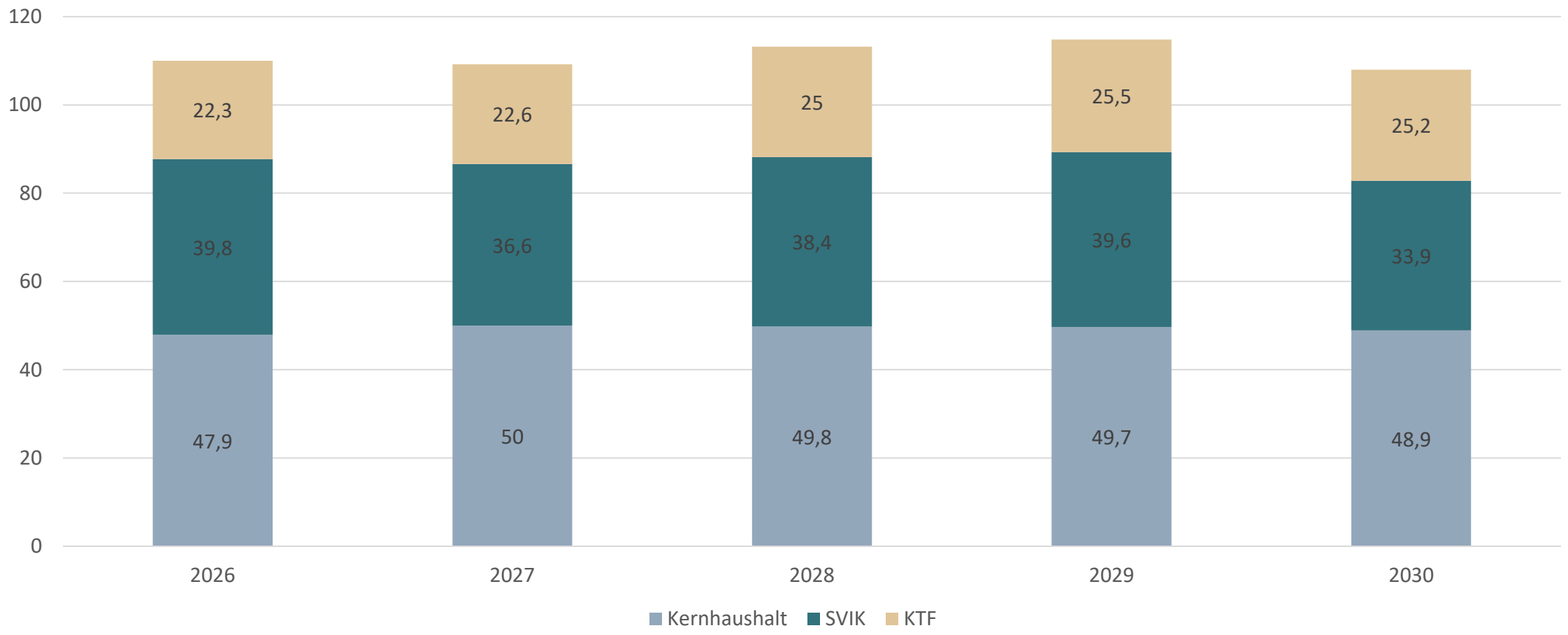
- Die Finanzierung des Transformationsfonds soll künftig ebenfalls aus Mitteln des SVIK statt aus Mitteln der GKV erfolgen.
- Dabei will die Bundesregierung nicht nur 2,5 Milliarden Euro jährlich, sondern zusätzlich je 1 Milliarde Euro in den Krankenhaustransformationsfonds einzahlen.

3. **Klima- und Transformationsfonds (KTF)**

- Der KTF erhält jährlich 10 Milliarden Euro aus dem SVIK.
- Im Jahr 2026 weist der KTF Entlastungen bei **Energiekosten** in Höhe von 10 Milliarden Euro aus. Es ist nicht nachvollziehbar, inwieweit aus dem KTF zusätzliche Investitionen in die Klimaneutralität finanziert werden.

Ausblick Investitionen: Keine Priorisierung im Kernhaushalt

In Milliarden Euro für den Bund

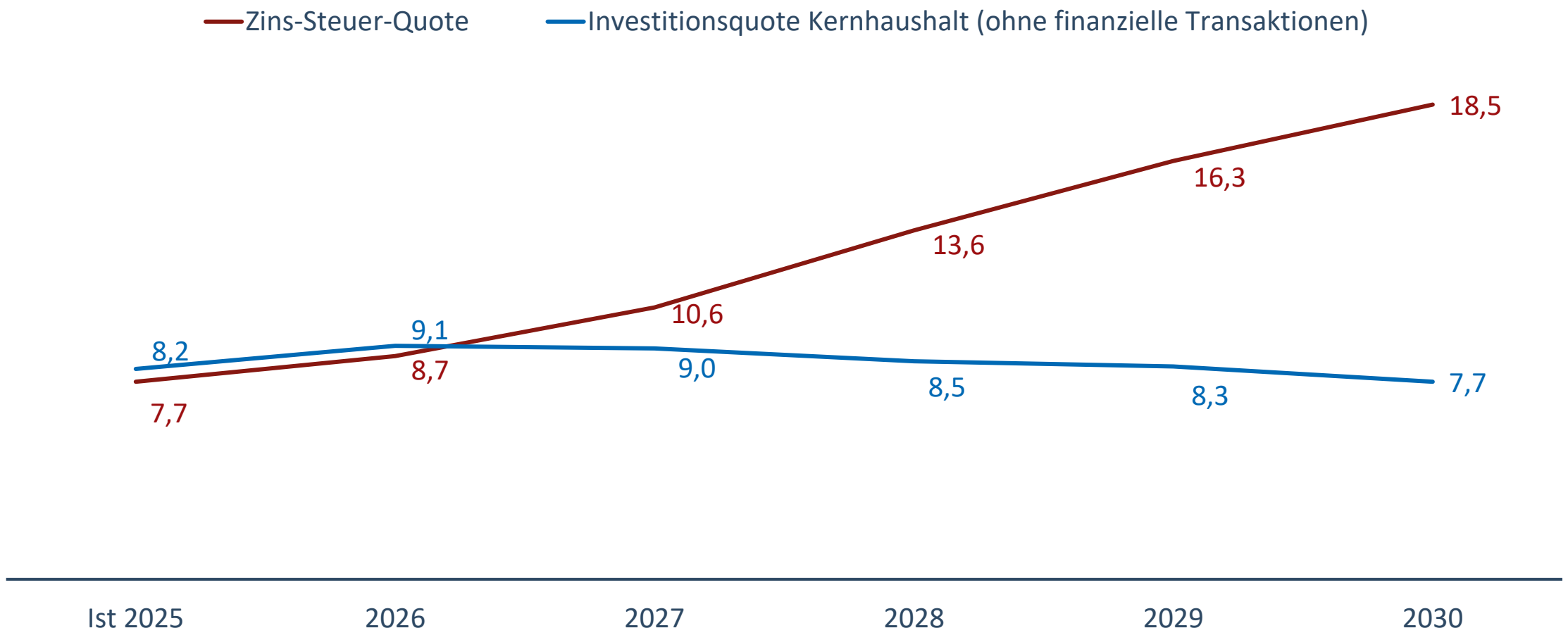


4

Epoche steigender Lasten

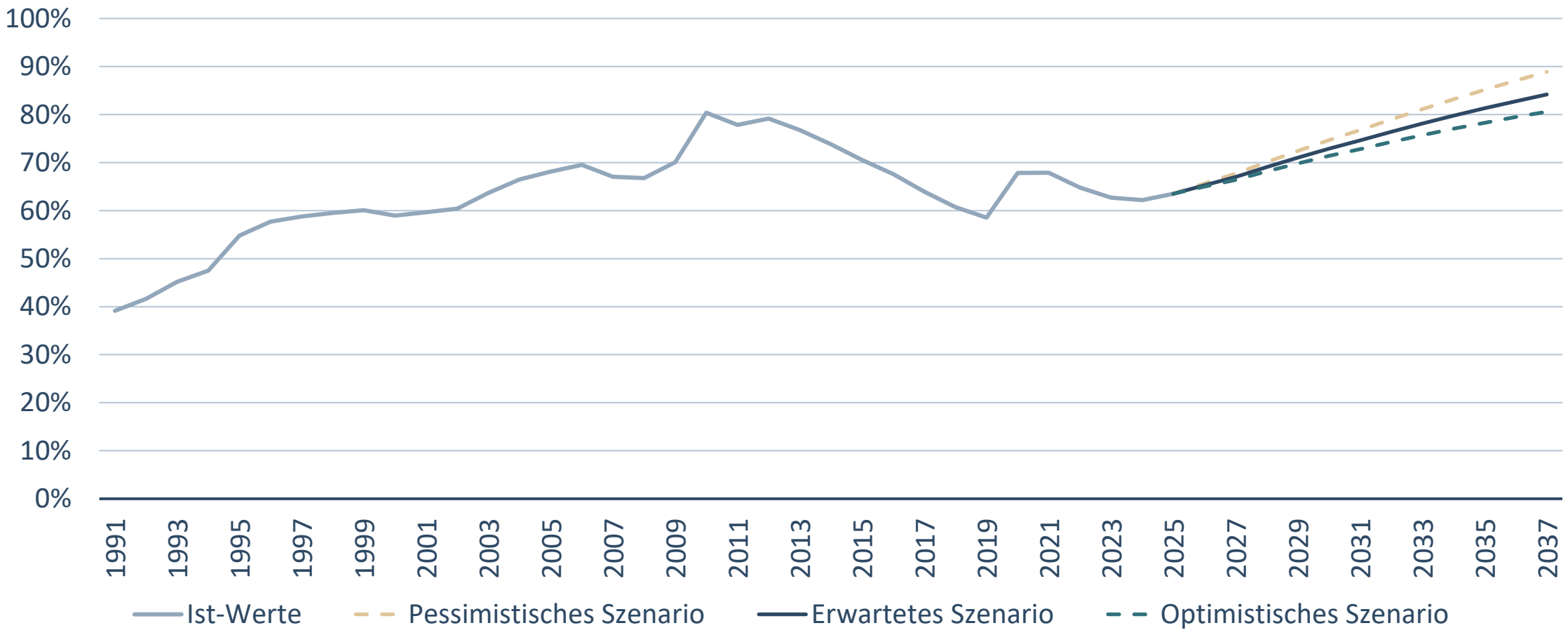
Immer mehr Geld im Bundeshaushalt für Zinsen gebunden

In Prozent



Schuldenstandsquote steigt absehbar auf Rekordniveau

Gesamtstaatlicher Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis des Statistischen Bundesamts

Strukturreformen müssen jetzt folgen

(Zusätzliche) Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität sicherstellen und priorisieren.

Ausbau der Kapazitäten in der Privatwirtschaft mit Planungs-sicherheit unterstützen.

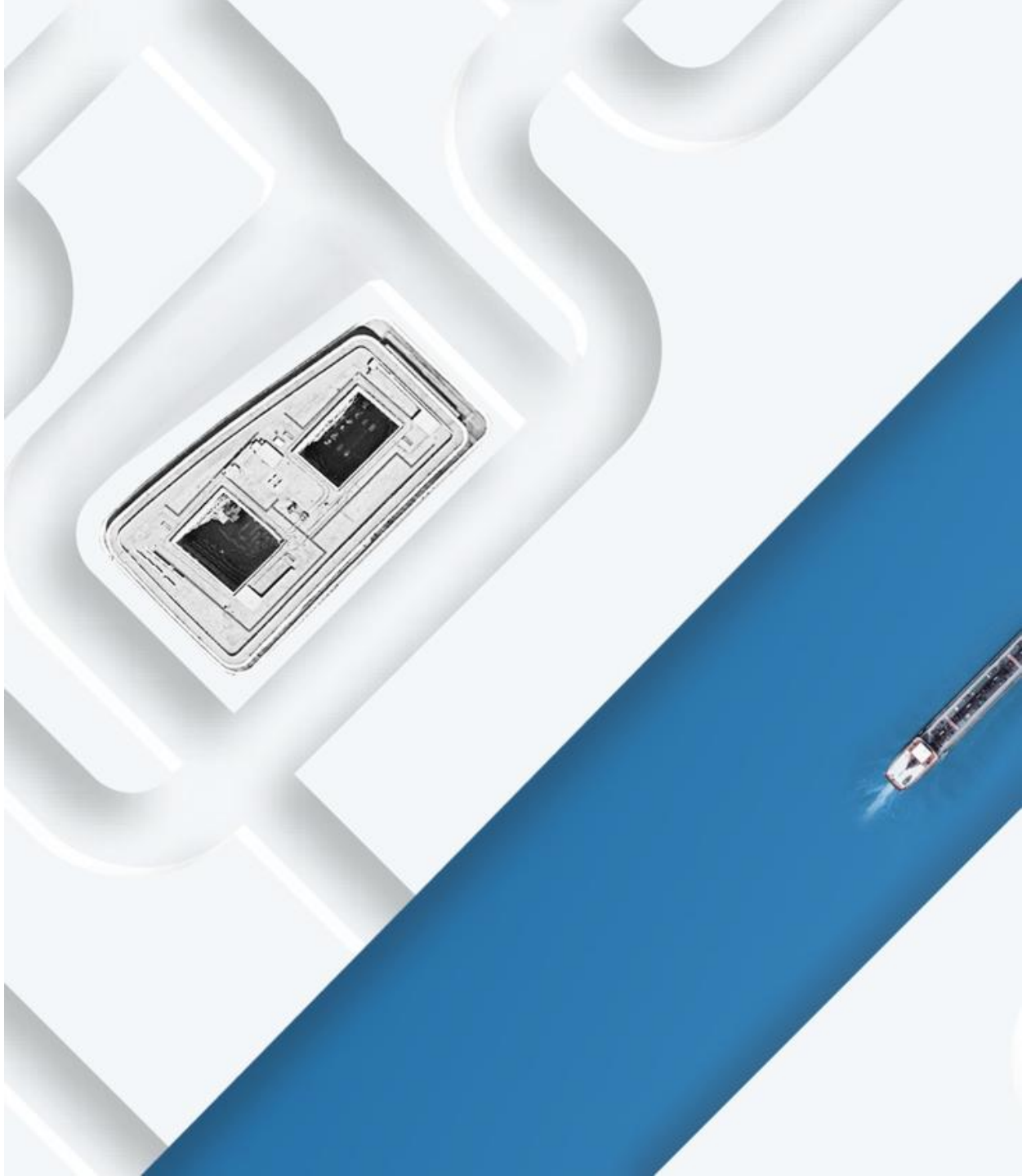
Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungs-verfahren vorantreiben.

Haushalts-konsolidierung zwingend, um fiskalische Risiken zu begrenzen.

Dr. Tobias Hentze

Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung

0221 4981-748

hentze@iwkoeln.de

iwkoeln.de